

Wolfgang Sander

Bürger, Parteien und Staat

Ein Grundkurs zur politischen Bildung an Volkshochschulen

Zur politischen Bildungsaufgabe der VHS

Bereits 1978 mußte *Hans Tietgens* feststellen, daß der Stellenwert der politischen Bildung an den Volkshochschulen nach einer Phase relativer Expansion wieder zurückgegangen ist¹. Oftmals sei aufgrund mangelnder Resonanz in der Bevölkerung bei den Verantwortlichen für die VHS-Arbeit Resignation eingetreten oder das Angebot im Bereich der politischen Bildung richte sich nur noch an »eng definierte Gruppen, zu denen meist schon in langfristiger Vorbereitung Kontakte bestehen.«² Zudem haben die intensiven politischen Auseinandersetzungen um Funktion und Auftrag der politischen Bildung, die in den siebziger Jahren sowohl um den Politikunterricht an Schulen als auch um die außerschulische politische Bildung geführt wurden, der politischen Bildung insgesamt mehr geschadet als genutzt. Die Vermutung liegt nahe, daß nach diesen Konflikten mancherorts gerade im Bereich der Volkshochschulen, die sehr viel unmittelbarer politischer Kontrolle unterliegen als die einzelnen Schulen, die Neigung besteht, das »heiße Eisen« politische Bildung nur mit spitzen Fingern oder überhaupt nicht anzufassen. Hierbei wird leicht übersehen, daß trotz aller Schwierigkeiten die Strukturen des Bildungsangebots der Volkshochschulen auch besondere Chancen für die politische Bildung bieten. Politische Bildung an Volkshochschulen ist, anders als an Schulen, nicht mit Sanktionen in Form von Noten und Versetzungen verbunden; als freiwilliges Angebot ermöglicht, ja erzwingt sie die Berücksichtigung von Interessen und Erfahrungen der Lernenden; ferner unterliegt sie nicht den Vorschriften von zentralen Lehrplänen. Die Kehrseite dieser offenen Struktur ist es freilich, daß politische Bildung im marktorientierten Angebot der VHS auf absehbare Zeit wohl nicht den Stellenwert erreichen wird, den andere Angebote, insbesondere im Bereich der berufsqualifizierenden Weiterbildung, innehaben.

Die Zielgruppenorientierung scheint sich als Ausweg aus diesem Dilemma anzubieten. Tatsächlich bietet die gezielte Ansprache bestimmter sozialer Gruppen die Möglichkeit, nicht nur Teilnehmer für einzelne Kurse zu gewinnen, sondern darüber hinaus zu einer gewissen Kontinuität im politischen Bildungsangebot zu kommen³. Über der Zielgruppenorientierung darf jedoch der Gedanke, daß sich das Angebot der VHS prinzipiell an alle Bürger wendet, nicht in Vergessenheit geraten. Notwendig sind daher auch politische Bildungsangebote, die von ihrer thematischen, didaktischen und organisatorischen Struktur her nicht von vornherein auf bestimmte soziale Gruppen hin orientiert sind, sondern die Themen von allgemeinem Interesse ansprechen und sich an

die »Zielgruppe Wahlbürger« richten. Unerläßlicher Bestandteil eines solchen »allgemeinen« politischen Bildungsangebots dürften Kurse sein, die an einem sehr generalen, noch nicht auf bestimmte Themen fixierten Bedürfnis nach Orientierung im Bereich der Politik anknüpfen. Das Gefühl, Politik nicht verstehen zu können, ihr eher ausgeliefert zu sein als sie beeinflussen zu können, ist noch immer weit verbreitet⁴. Wo dieses Gefühl in das Bedürfnis nach politischen Grundkenntnissen umschlägt, kann die VHS anknüpfen.

Der im folgenden skizzierte Kurs wurde im Sommersemester 1984 an der *VHS Marburg* durchgeführt. Er sollte im oben angedeuteten Sinn politische Grundkenntnisse vermitteln und den Teilnehmern die eigene Orientierung im Bereich der Politik erleichtern. Der Kurs war Teil einer mehrsemestrigen Kursreihe, in der pro Semester jeweils ein relativ weitgefaßter Politikbereich thematisiert wird⁵; so war im vorangegangenen Semester Wirtschafts- und Sozialpolitik Thema, während im nachfolgenden Semester der Schwerpunkt auf dem Thema *DDR/Deutsche Frage* liegt. Die einzelnen Kurse bauen nicht aufeinander auf, sind daher offen für neue Teilnehmer und setzen keine themenbezogenen Vorkenntnisse voraus.

Zur didaktischen Konzeption des Kurses

Der Kurs »*Bürger, Parteien und Staat*« sollte sich thematisch auf das politische System der Bundesrepublik Deutschland beziehen. Absicht war es, sowohl politische Grundkenntnisse zu vermitteln, als auch über die kontroverse Diskussion politischer Grundprobleme die rationale politische Urteilsbildung der Teilnehmer anzuregen und zu fördern sowie zur weiteren Auseinandersetzung mit politischen Fragen zu motivieren. Die didaktische Struktur des Kurses mußte damit unterschiedlichen Erfordernissen gerecht werden:

- Die notwendige Vermittlung von Kenntnissen über politische Entscheidungsabläufe und demokratische Institutionen durfte nicht zu einer Reduktion des Kurses auf eine formale Institutionenkunde führen, die ein unrealistisches Bild der politischen Praxis vermitteln und die Motivation der Teilnehmer gefährden müßte.
- Die notwendige Information über die tragenden Prinzipien der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik durfte nicht zu einer unkritischen, Probleme und Kontroversen ausblendenden Apologetik führen, wenn eine selbständige Urteilsbildung der Teilnehmer möglich sein sollte. Dagegen galt es durchgängig jene Maxime durchzuhalten, die inzwischen in der Politischen Didaktik als konsensfähig gilt: »Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muß auch im Unterricht kontrovers erscheinen.«⁶
- Die Absicht, Grundinformationen zu einem relativ breiten Themenfeld in begrenzter Zeit (der Kurs war auf 14 Doppelstunden angelegt) zu vermitteln, ließ eher lehrgangsmäßige Lernphasen unvermeidbar erscheinen. Dies durfte aber weder dazu führen, daß die Komplexität eines Themas in einer Scheinsystematik geglättet wird, noch durfte eine starre Vorplanung des Kurses das flexible Eingehen auf die jeweilige Lernsituation und auf die Interessen der Teilnehmer ausschließen.
- Die Thematik des Kurses bezog sich auf grundsätzliche Fragen von »permanenter Aktualität«. Gleichwohl mußte damit gerechnet werden, daß die Motivation der Teilnehmer, sich mit diesen grundsätzlichen Fragen auseinanderzusetzen, zu einem guten Teil aus ihrer Schwierigkeit resultiert, der aktuellen tagespolitischen Diskussion angemessen zu folgen, und daß ein Interesse auch an der Diskussion der Tagespolitik zu erwarten war. Es galt daher, soweit als möglich, Bezüge zur Tagespolitik herzustellen; ferner sollten darüber hinaus Möglichkeiten zum Meinungsaustausch auch über solche tagespolitischen Fragen geboten werden, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Thema der jeweiligen Kursstunden standen.

- Schließlich war zu bedenken, daß bei der Motivation zum Besuch von VHS-Kursen häufig Bedürfnisse eine Rolle spielen, die mit dem Kursthema nur mittelbar oder gar nicht in Verbindung stehen, wie etwa der Wunsch nach neuen Sozialkontakten oder nach Abwechslung vom Alltag. Diesen Bedürfnissen mußte durch Interaktionsstrukturen Rechnung getragen werden, die den Teilnehmern weitgehende Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme und Mitgestaltung des Kurses bieten.

Angesichts dieser vielfältigen und zum Teil widersprüchlichen Erfordernisse war eine durchgängige Strukturierung des Kurses nach *einem* didaktischen Prinzip (z. B. exemplarisches Lernen oder konsequente Teilnehmerorientierung) nicht möglich. Die didaktische Struktur des Kurses stellt sich daher als Kombination unterschiedlicher didaktischer Prinzipien dar. Der Kurs wurde in mehrere, überwiegend problemorientiert formulierte Oberthemen gegliedert, in die Fallbeispiele und kurze lehrgangsmäßige Lernphasen eingebettet wurden. Zu jedem Oberthema wurden von mir kurze Materialsammlungen als Arbeitsgrundlage vorbereitet, die in den Kursstunden in Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit sowie in Plenumsgesprächen erörtert wurden. Die Materialsammlungen dienten jeweils sowohl der Informationsvermittlung (und machten damit längere Referate des Kursleiters überflüssig) als auch – durch die Zusammenstellung kontroverser Positionen – als Ausgangsbasis für Meinungsaustausch und kontroverse Diskussion. Interaktionsfördernde Arrangements wie Partnerinterview (in der ersten Kursstunde), brain-stormings zu verschiedenen Stichworten und Fragen und gemeinsame Reflexionen des Kursverlaufs sollten den Teilnehmern die aktive Beteiligung erleichtern. Die letzten 15 Minuten der meisten Doppelstunden wurden als »aktuelle Viertelstunde« der unvorbereiteten Diskussion jeweils eines, von den Teilnehmern vorgeschlagenen aktuellen tagespolitischen Themas gewidmet.

Zum Verlauf des Kurses

1. Zur Teilnehmerstruktur

Der Kurs wurde von 14 Frauen regelmäßig besucht. Vier der Teilnehmerinnen hatten bereits im vorangegangenen Semester am Kurs »Wirtschafts- und Sozialpolitik« teilgenommen. Die Dominanz von Frauen ist bekanntlich eine generelle Erscheinung in der VHS-Arbeit; in dieser extremen Form dürfte sie jedoch eher zufällig sein, zumal am vorhergegangenen Kurs auch Männer teilgenommen hatten. Allerdings gaben einige Teilnehmerinnen in informellen Gesprächen als ein Motiv für den Besuch des Kurses den Wunsch an, das Gefühl der Unterlegenheit in politischen Diskussionen mit ihren Ehemännern und Partnern überwinden zu wollen. Ganz überwiegend handelte es sich bei den Teilnehmerinnen um Berufstätige der mittleren Generation. Diese relativ homogene soziale Struktur des Teilnehmerkreises dürfte die schnelle Herausbildung eines offenen Gesprächsklimas begünstigt haben. Der Hauptgrund für die Dominanz der berufstätigen Frauen in diesem Kurs dürfte darin zu suchen sein, daß gleichzeitig die bereits erwähnten zielgruppenorientierten Vormittags-Gesprächskreise für Hausfrauen angeboten wurden.

2. Themen und Materialien

Im Kurs wurden folgende Themen behandelt:

- *Einführung.* (Wechselseitige Vorstellung der Teilnehmer mit Hilfe eines Partnerinterviews, bei dem auch nach den Erwartungen an den Kurs gefragt werden sollte; Besprechung des Kursplans)
- *Die »Stunde Null«.* (Alltagsleben im Nachkriegsdeutschland; Die Teilung Deutschlands; Politische Weichenstellungen in den Westzonen und Weg zum Grundgesetz)

- *Demokratie auf Sparflamme?* (Strukturmerkmale des Grundgesetzes; Repräsentative und plebiszitäre Demokratie; Praxisprobleme des basisdemokratischen Konzepts)
- *An der Politik mitwirken – aber wie?* (Politische Beteiligungsformen; Rolle von Parteien und Bürgerinitiativen)
- *Wie unabhängig ist das Parlament?* (Formaler Weg der Gesetzgebung in der Bundesrepublik; Rolle der Verbände, Lobbyismus)
- *Meinungsfreiheit – für wen?* (Probleme der Pressefreiheit und Pressekonzentration; Strukturen und Probleme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens; Neue Medien)

Dieser Themenplan entsprach weitgehend meinen Vorüberlegungen. Soweit bei der Sammlung von Erwartungen an den Kurs am ersten Kursabend konkrete Themen genannt wurden, waren sie bereits bei der Vorplanung berücksichtigt worden (z. B. »Wie werden Gesetze gemacht?«; »Brauchen wir mehr Volksabstimmungen?«; »Neue Medien«). Überwiegend wurden jedoch allgemeinere Erwartungen geäußert wie z. B. »Grundkenntnisse erwerben«, »Zeitungen und Fernsehnachrichten besser verstehen«, »Im Bekanntenkreis bei politischen Themen besser mitreden können«. Die Materialien, die in den Arbeitspapieren zusammengestellt wurden, waren von unterschiedlicher Natur:

- Persönliche Erfahrungsberichte (z. B. zum Alltagsleben im Nachkriegsdeutschland)
- Quellen und Dokumente (z. B. Auszüge aus dem Potsdamer Abkommen; Gesetzestexte)
- Begriffserklärungen und andere Sachtexte
- Fallbeispiele (z. B. zum Thema Lobbyismus)
- Kontroverse Meinungsäußerungen bzw. politische Positionen (z. B. zum Demokratieverständnis)
- zusätzliche Impulse zur Diskussionsanregung (z. B. Karikaturen)

Ergänzend wurde zum Thema »Deutsche Teilung« ein Filmausschnitt aus »Abenteurer Bundesrepublik« gezeigt; zum Thema »Strukturmerkmale des GG« hielt eine Teilnehmerin ein Kurzreferat.

3. Eine Doppelstunde zum Thema »Parteien«

Als Praxisbeispiel für die Arbeit im Kurs sei im folgenden der Verlauf eines Kursabends zum Thema »Parteien« skizziert.

- Einzelarbeit: Schriftliches Sammeln von Assoziationen und Überlegungen zum Thema »Funktionen und Aufgaben von Parteien in der Demokratie« (ca. 10 Min.)
- Zusammentragen der Ergebnisse an der Tafel (ca. 15 Min.). Unter anderem wurden folgende Stichworte genannt und ungeordnet an der Tafel notiert:
 - Parteien als Interessenvertreter
 - Parteien als Meinungsbildner
 - Auswahl der Kandidaten für politische Funktionen
 - Parteien bieten Möglichkeiten zur politischen Mitarbeit
 - Wähler sollten sich in den Parteiprogrammen verwirklicht sehen
 - Stärkste Partei sollte den Willen des Volkes ausdrücken
 - Parteien sollten zur Völkerverständigung beitragen
 - Verflechtungen der Parteien mit Interessenverbänden
 - Parteibuchwirtschaft
 - gegenseitige Kontrolle der Parteien, Regierung/Opposition
 - geringer Einfluß der Parteibasis, Dominanz der Spitzenpolitiker
 Eine Diskussion über diese Stichworte wurde zunächst zurückgestellt.
- Textarbeit: Arbeitsblatt mit den § 1 und 2 des Parteiengesetzes
 - Beantwortung von Verständnisfragen

- Erörterung der Frage, welche Funktionen und Aufgaben das Parteiengesetz den Parteien zuweist (Plenumgespräch) (ca. 20 Min.).

- Plenumdiskussion: Inwieweit entsprechen die Normierungen des Parteiengesetzes der Wirklichkeit in der Bundesrepublik? Vergleich dieser Normierungen mit den Stichworten an der Tafel, Einbeziehung der dort notierten kritischen Einwände. (ca. 30 Min.)

Die Diskussion kreiste vor allem um die Problemkomplexe »Parteien als Interessenvertretungen« (Gemeinwohl – Pluralismus; Volksparteien – Gruppeninteressen) und »innerparteiliche Demokratie«. Für den Fall, daß die Teilnehmerinnen die Auszüge aus dem Parteiengesetz lediglich unkritisch zur Kenntnis genommen und nicht als Diskussionsanstoß empfunden hätten, hatte ich ein zweites Arbeitsblatt mit kurzen Auszügen aus einem Artikel von Richard von Weizsäcker vorbereitet (Krise und Chancen unserer Parteiendemokratie. In: Parlamentarische Demokratie. Themenheft 1, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1983). Da die von Weizsäcker vorgetragenen kritischen Argumente weitgehend von den Teilnehmerinnen in die Diskussion eingebracht wurden, wurde ihnen dieses Arbeitsblatt lediglich zur Kenntnisnahme mitgegeben.

- »Aktuelle Viertelstunde« zum Thema »Parteispendenaffäre« (freie Diskussion, ca. 15 Min.).

Das Thema war von einer Teilnehmerin vorgeschlagen worden. Ein so enger Bezug der aktuellen Viertelstunde zum Thema des jeweiligen Kursabends war jedoch eine Ausnahme.

Schlußbetrachtung

Politische Bildung an Volkshochschulen ist keine politikwissenschaftliche Propädeutik. Auch bei einem Grundkurs, der stärker als ein politischer Gesprächskreis mit wechselnden Themen auf *ein* Themenfeld konzentriert ist, konnte »Vollständigkeit« bei der Behandlung dieses Themenfeldes nicht angestrebt werden. So konnten in diesem Kurs beispielsweise Probleme des Föderalismus oder der Rechtsprechung nicht oder nur am Rande erörtert werden. Dennoch wurde von den Teilnehmerinnen mehrmals bedauert, daß für die Bearbeitung einzelner Themen nicht mehr Zeit zur Verfügung stand. Da zugleich immer wieder der Wunsch geäußert wurde, sich mit allen vorgesehenen Themen zu beschäftigen, war dieses Dilemma kaum wirklich befriedigend lösbar.

Nach der Hälfte des Kurses und in der letzten Doppelstunde fanden gemeinsame Reflexionen des Kursverlaufs statt. Hierbei wurden alle Teilnehmerinnen gebeten, ihre Eindrücke und Meinungen zu äußern. Ergänzend ergab sich bei »inoffiziellen« Treffen nach den meisten Kursabenden die Gelegenheit zum Gespräch über den Kursverlauf. Bei diesen Reflexionen wurde von den Teilnehmerinnen übereinstimmend betont, der Kurs habe ihnen das Verständnis der tagespolitischen Diskussion sowie die aktive Teilnahme an politischen Gesprächen im privaten Kreis wesentlich erleichtert. Ob und inwieweit der Kurs darüberhinaus die Teilnehmerinnen motiviert hat, sich zielgerichtet weiter zu informieren oder gar sich aktiv politisch zu engagieren, entzieht sich dagegen naturgemäß weitgehend der Kontrolle durch den Kursleiter. Hier bleibt der politischen Bildung gerade in der offenen Struktur der Volkshochschulen letztlich wohl wenig mehr als das »Prinzip Hoffnung«.

Materialhinweise

Die folgenden Literaturhinweise beziehen sich lediglich auf didaktisch aufbereitetes Material, nicht auf den fachwissenschaftlichen Diskussionsabend.

Didaktisch strukturierte Materialsammlungen zum politischen System der Bundesrepublik.

- Grundkurs Politik. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung. Baden-Württemberg, Stuttgart o.J. (vermutlich 1978).
- Wienand Breuer: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Paderborn 1983.
- Gerhard Himmelmann/Gotthard Breit/Hermann Harms: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Reihe »Sozialwissenschaftliche Materialien«, Stuttgart 1983.

Bei der Bundeszentrale für politische Bildung kostenlos beziehbar

- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.
- Informationen zur politischen Bildung Nr. 157 (Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland), 168 (Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1955), 176 (Die Bundesrepublik Deutschland 1955–1966), 191 (Die Bundesrepublik Deutschland 1966–1974), 119/124 (Das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland), 187 (Grundrechte), 200 (Der Rechtsstaat).
- Neubeginn und Wiederaufbau 1945–1949. Alltagsorientiertes Ergänzungsheft zu Nr. 157 der Informationen zur politischen Bildung.
- Zeitlupe Nr. 11: Der Abgeordnete.
- Entscheidungen in Deutschland 1945–1955. Reihe »kontrovers«.
- Themenheft 1: Parlamentarische Demokratie.

Zu Einzelaspekten

- Helga Grebing/Peter Pozorski/Rainer Schulze: Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945–1949. Studienreihe Politik, 2 Bde., Stuttgart 1980.
- Kurt Gerhard Fischer/Clemens Lessing (Hrsg.): Die deutsche Frage im politisch-historischen Lernen. Schriftenreihe Politische Didaktik, 2 Bde., Stuttgart 1982.
- Ernst Heinrich v. Bernwitz (Hrsg.): Wirtschaft und Politik verstehen. Didaktisches Sachbuch zur Vorgeschichte und Geschichte der Bundesrepublik. Reinbek 1981.
- Hans Kremendahl: Die Bundesrepublik Deutschland: Ein demokratischer und sozialer Bundesstaat? Politik – kurz und aktuell 13, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Berlin, 1974.
- Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus . . . Heft 1/1982 der Wochenschau (Sek. II).

Anmerkungen

- 1 vgl. Hans Tietgens: Politische Bildung – Politischer Stil und das Angebot der Volkshochschule. In: Hessische Blätter für Volksbildung 4/1978, S. 256 ff.
- 2 ebd., S. 256
- 3 So werden beispielsweise an der VHS Marburg, an der auch der im folgenden skizzierte Kurs durchgeführt wurde, seit mehreren Semestern mit großem Erfolg politische Vormittags-Gesprächskreise angeboten, die sich gezielt an Hausfrauen wenden. Ein anderes Beispiel wären etwa die Arbeitsgemeinschaften »Arbeit und Leben« von VHS und DGB.
- 4 So stimmten 1977 in einer Umfrage jeweils etwa zwei Drittel der Befragten folgenden Statements zu: »In der Politik kann man sich nicht zurecht finden, weil das meiste hinter den Kulissen passiert«; »Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was der kleine Mann denkt«; »Politik ist ein schmutziges Geschäft«. (Der Spiegel v. 27. 6. 1977, S. 28).
- 5 Diese Begrenzung auf jeweils einen Politikbereich unterscheidet die Konzeption dieser Kursreihe von dem »Grundkurs Politik«, der von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg vorgelegt wurde (Stuttgart o. J., vermutlich 1978). Im »Grundkurs Politik« werden 20 thematische Einheiten aus unterschiedlichen Politikbereichen (z. B. Gemeinde, Familie, Massenmedien, Grundrechte, Weltfrieden), die für jeweils eine Doppelstunde konzipiert sind, im Baukastensystem zur Wahl gestellt. Demgegenüber ist die Marburger Kursreihe zwar stärker strukturiert; zugleich aber steht für die einzelnen Themen mehr Zeit zur Verfügung, was eine flexible Gestaltung der einzelnen Kursstunden ermöglicht.
- 6 Hans-Georg Wehling: Konsens à la Beutelsbach? In: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S. 179.